

Wem soll man eigentlich noch glauben?



Der Deutschlandfunk veröffentlichte gerade folgende Klarstellung:

„In einem Facebook-Post vom 9. Mai 2017 haben wir Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) mit folgenden Worten zitiert: "Das bedingungslose Grundeinkommen führt dazu, dass keiner mehr schlecht oder niedrig entlohnte Arbeit macht."

Ohne den darauf folgenden Satz kann Frau Nahles leider leicht missverstanden werden. Vollständig lautet das Zitat: "Das Grundeinkommen führt dazu, dass keiner mehr schlecht oder niedrig entlohnte Arbeit macht. Leute, wenn das stimmen würde, dann käme ich ins Schwanken."

Sie hatte also genau das Gegenteil von dem gesagt, was ihr unterstellt worden war. Und die allgemeine Empörungswelle brandete mal wieder ungebremst durch die sozialen Netzwerke. Häme von Seiten unserer Gegner, Austrittsgedanken bei den eigenen Leute, abscheuliche, sehr persönliche Beschimpfungen gegenüber unserer Arbeitsministerin.

Wenn die Pressefreiheit dazu missbraucht wird, möglichst skandalträchtige Schlagzeilen zu produzieren, auch wenn sie bewusst irreführend sind, was soll man dann noch glauben können?

(weiter auf Seite 2)

AUS DEM INHALT

Impressum	2
Grün-schwarz lässt Kreis im Regen stehen	2
So klappt Integration nicht	3
Müntefering kommt	3
Breitbandausbau im Landkreis	3
IG Bohr: Kritik an Tempo 250 in Berlin vorgetragen	5
Delegierte gewählt	6
ÖPNV-Sozialticket	7
Leistungen für Mobilität anpassen	9
Ehrung Prof. Böckenförde	9
Aus den Ortsvereinen	11
Soziale Medien: Keine Filterblasen	12
Aus dem Kreistag	13

Qualitätsjournalismus geht jedenfalls anders. Und ist immer schwieriger zu finden.

Wenn nun die CDU behauptet, NRW mache mehr Schulden als alle anderen Bundesländer zusammen und Hannelore Kraft erwidert, dass sei gelogen, sie hätten sogar einen Überschuss erwirtschaftet, was stimmt denn dann? Die Antwort ist: beides. Die CDU bezieht sich auf den Haushalt 2017, Hannelore Kraft auf 2016.

Die Wahrheit findet sich nicht in Überschriften oder Schlagworten. Wer sich eine Meinung zu einem Thema bilden will, kommt nicht umhin, sich grundlegend, bei verschiedenen Quellen und durchaus nachfragend zu informieren. Das ist mühsam.

Leider sind dazu immer weniger Menschen bereit und rennen daher denen nach, die glauben, die Wahrheit schon gefunden zu haben. Den Populisten, den Verschwörungstheoretikern und auch den Zeitungen mit den großen Buchstaben.

Birte Könnecke

IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald Dr. Birte Könnecke, Merzhauser Straße 4, 79110 Freiburg

Redaktion: O. Prucker und B. Könnecke

Mail: redaktion@spd-breisgau-hochschwarzwald.de

Grün-schwarz lässt Kreis im Regen stehen



In einer der letzten Fraktionssitzungen war unsere MdL Sabine Wölfle zu Besuch. Hauptthema war die von der Landesregierung zugesagte (und im Koalitionsvertrag verankerte) Spitzabrechnung der Kosten für die Flüchtlinge.

Derzeit warten die Kreise noch immer auf die Gelder aus 2015 (die dem Land vom Bund lange zur Verfügung gestellt worden sind).

Während die Schuldenlast der Kreise steigt, schwindet die Zuversicht, dass tatsächlich alle mit der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge entstandenen Kosten vom Land spitz abgerechnet und somit ersetzt werden.

Es wird Zeit, dass grün-schwarz hier zu ihrem Wort stehen und endlich in die Pötte kommen.

Birte Könnecke

So klappt Integration nicht

Wir brauchen keine „Integrationsmanager“ in den Rathäusern, wie sie die Landesregierung derzeit zum Teil gegen den Willen der Rathäuser durchsetzt, sondern Lehrer in den Berufsschulen.

Junge Flüchtlinge gehören in die Schule, nicht auf die Straße. Und das nicht nur bis 18 sondern bis 25.



Hintergrund: Derzeit werden 500 neue Lehrer eingestellt. Gleichzeitig gehen aber 700 in den Ruhestand und bei 300 werden befristete Verträge nicht verlängert. Fazit: Tatsächlich sind das also minus 500 Stellen und nicht plus 500.

Die grün-schwarze Bildungspolitik gefährdet aktuell also alle Integrationsklassen.

Birte Könnecke & Oswald Prucker

Müntefering kommt

Wir freuen uns, dass Franz Müntefering seinen Besuch bei unserem Sommerfest zugesagt hat.



Bildquelle: franz-muentefering.de

Das Sommerfest findet am 10. September im Kurpark Bad Krozingen statt. Bitte haltet euch diesen Termin frei, damit wir kurz vor der Bundestagswahl noch einmal richtig Flagge zeigen können.

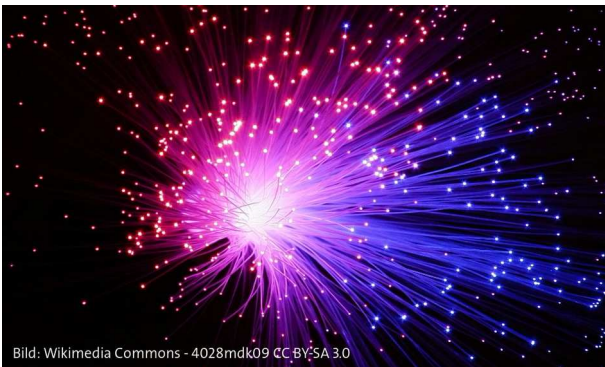
Wir sind derzeit in der Planung. Bald mehr.

Breitbandausbau im Landkreis soll voran gehen

Gut zwei Dutzend Besucher kamen vor kurzem nach Löffingen zur Kreisvorstandssitzung der SPD Breisgau-Hochschwarzwald zum Thema Breitbandausbau im Landkreis.

Prominenter Gast der Runde war dabei Dr. Martin Barth, der Erste Landesbeamte des Kreises unterstützt von seinem Kollegen Lutz Dierks. Ebenso konnte die Vorsitzende Birte Könnecke die Bürgermeister Tobias Link aus Löffingen und Josef Matt aus Friedenweiler begrüßen.

In seinem Impulsreferat ging Dr. Barth zunächst auf den Stand der Dinge im Landkreis ein und präsentierte den bekannten Flickenteppich aus gut versorgten bis gar nicht versorgten Gebieten im Kreis. Oft verlaufen die Grenzen dabei auch durch Ortschaften und wo manches Neubaugebiet mit ordentlicher Bandbreite ausgestattet ist, geht im Gewerbegebiet daneben nur sehr wenig.



Kern der Planungen des Landkreises ist es, dass ein eigenes Glasfasernetz aufgebaut wird, das von einem kommunalen Zweckverband betrieben wird. Dies gilt zunächst für das Backbone durch den Kreis, nach und nach aber auch für die Gemeinden, die sich diesem Gemeinschaftsprojekt anschließen wollen. Dieses Betreibermodell halten sowohl Landratsamt wie auch der Kreistag für zukunftsfester als das alternative

Deckungslückenmodell der Telekom, das auf einen langsameren Glasfaserausbau und eine Beschleunigung der Versorgung über Kupferkabel durch Vectoring und weitere Maßnahmen setzt.

Eine Refinanzierung der Investitionen soll durch ein Verpachten der Netze erfolgen. Für den Kreis gibt es dafür schon eine Reihe von Interessenten und die Erfahrungen anderer Kreise zeigen ein reges Interesse vieler Firmen auch für die Ortsnetze. Die Gründung eines Zweckverbands soll hierbei eine bessere Verhandlungsposition sichern.

Der Zeitplan ist anspruchsvoll: Noch dieses Jahr soll mit dem Bau des Backbones begonnen werden, der Zweckverband soll gegründet werden und die Planungen der Ortsnetze soll mit den interessierten Gemeinden angegangen werden. Auch die Ausschreibung und die Vergabe für den Netzbetrieb soll bereits heuer beginnen.

In der anschließenden Diskussion favorisierten auch viele der Anwesenden die Betreiberlösung. Aus den Aussagen sprach viel Misstrauen gegenüber der Telekom und daraus folgerichtig der Wunsch nach einem Netz in kommunaler Hand. Der geplante Zweckverband wurde als sinnvoll und notwendig angesehen und es wurde auch allgemein begrüßt, dass sich die meisten Gemeinden des Kreises an dieser Planung beteiligen.

Etwas differenzierter war das Bild, das die Bürgermeister zeichneten. BM Matt aus Friedenweiler Röttenbach, dessen Gemeinde einem Verbund von neun

Schwarzwaldgemeinden angehört, die bereits selbst planen, machte deutlich, dass ein Deckungslückenmodell gerade auch dann interessant sei, wenn es viele sehr abgelegene Höfe zu versorgen gibt. Immerhin ist das Verlegen des Glasfaserkabels mit sehr hohen Kosten verbunden.

BM Link aus Löffingen verwies auch auf die teilweise grotesken Förderbedingungen von Bund und Land. Diese widersprüchen sich in manchen Punkten. So muss in einem Fall der Pächter des Netzes bereits bei Antragsstellung bekannt sein, während genau das im anderen Fall gerade nicht sein darf. Das Prozedere sei sehr langsam und aufreibend.

Insgesamt gab es aber eine klare Mehrheit unter den Besuchern, die eine kreiseigene Lösung bevorzugten. Wichtige Infrastruktur – und dazu zählt das Glasfasernetz – sollten in kommunaler Hand sein.

Oswald Prucker & Tanja Kühnel

IG Bohr: Kritik an Tempo 250 in Berlin vorgetragen

Die IG Bohr traf sich auf Initiative des Vorsitzenden der SPD Markgräflerland Hartmut Hitschler (im Bild ganz rechts) und auf Einladung des Emmendinger SPD-Bundestagsabgeordneten Johannes Fechner (zweiter von rechts) mit dem für

den Verkehrsbereich zuständigen stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Sören Bartol (dritter von rechts). Roland Diehl, Gerhard Kaiser und Georg Binkert von der IG-Bohr schilderten das derzeit aktuellste Anliegen.



Für die IG Bohr ist nicht nachvollziehbar, dass die Bahn nach wie vor an Tempo 250 für die Rheintalbahn festhalte. Laut Diehl und seinen Mitstreitern sind 250 km/h etwa in Ringsheim oder am Katzenbergtunnel schon aufgrund der kurvigen Streckenführung nicht möglich. Die IG Bohr werde deshalb das Sachverständigenbüro Basler & Partner beauftragen, eine Kosten-Nutzen-Rechnung zu erstellen zur Frage, welche Ausbaurkosten und Lärmschutzanforderungen für die Rheintalbahn zwischen Offenburg und Basel jeweils bei der Tempo 250, Tempo 230 und Tempo 200 entstehen. Immerhin 55.000 € kostet die Bürgerinitiative und die beteiligten Gemeinden Lahr, Mahlberg, Ringsheim, Herbolzheim, Kenzingen, Malterdingen, Auggen, Bad Bellingen und Efringen-Kirchen das Gutachten. SPD-Bundestagsabgeordneter Johannes Fechner begrüßte diese Initiative, weil auch er nicht überzeugt ist, ob Tempo

250 tatsächlich erforderlich ist, vor allem weil laut Bahn dann zwischen Mahlberg und Kenzingen ein 11 km langes neu zu bauendes Überholgleis nötig sei. SPD-Fraktionsvize Sören Bartol zeigte ebenfalls Interesse am Gutachten und sagte, dass die im Bundesverkehrswegeplan vorgesehene Temporegelung 250 zwar eine Vorgabe sei. Wenn sich aber alle einig seien, dass dies nicht erforderlich sei, sei der Bundesverkehrswegeplan insofern änderbar.

Hartmut Hitschler, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Markgräflerland, forderte für die IG Bohr die Tieferlage im Markgräflerland. Nicht nur werde die Landschaft durch die derzeit geplante Trasse mit Lärmschutzwänden zerschnitten. Vor allem würden sich Kälteseen bilden, die die Vegetation massiv belasten könnten. Kritisch sieht die IG Bohr auch, dass vor dem Katzenbergtunnel oft Gefahrgutwaggons und laute Kühlwaggons in unmittelbarer Nähe zu Wohnhäusern lange halten.

Pressemitteilung Johannes Fechner

Delegierte gewählt

Auf der Tagesordnung der Kreisdelegiertenkonferenz in Sulzburg Ende April standen auch zwei Wahlen. Zum einen waren die Delegierten der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen für deren Landestreffen zu bestimmen, zum anderen ging es um die Kreisdelegierten für die neuen Kleinen Parteitage.

Bei beiden Wahlen gaben 42 Delegierte ihr Votum ab. Gewählt wurden als ASF-Delegierte **Clara Heckmann, Rose Riedel** und **Tanja Kühnel**.

Die Wahl zu den Kleinen Parteitage wurde durch die Beschlüsse des letzten Parteitages nötig. Dabei wurde dieses Instrument eingeführt um mit kleinerem Aufwand schneller reagieren zu können.



Dem Landkreis stehen vier Delegiertensitze zu, die zu quotieren sind.

Gewählt wurden: **Birte Könnecke, Oswald Prucker, Bilge Gecer** und **Matthias Schmidt**.

Hartmut Hitschler, Rose Riedel, Clara Heckmann und Bettina Wegner-Reimers sind Ersatzdelegierte. Der erste kleine Parteitag wird am 22. Juli stattfinden.

ÖPNV-Sozialticket: Im Kreis noch wichtiger als in der Stadt

Die Kreisdelegiertenkonferenz Ende April in Sulzburg wurde vom Thema Sozialticket geprägt. Dazu war der Freiburger SPD-Stadtrat Stefan Schillinger eingeladen, der maßgeblich an der Gestaltung und Kompromissfindung des Freiburger Tickets mitgearbeitet hat. Er berichtete vom langen und schwierigen Weg von der ersten Idee bis zum letztlichen Beschluss gegen die Mehrheitsfraktionen der Grünen und der CDU und von ersten Erfahrungen.



Die Situation ist eigentlich klar: Gerade mal 25 Euro sind beim ALG II für Mobilität vorgesehen und das ist noch nicht einmal die Hälfte einer Regiokarte, die im Vergleich zu den Monatskarten in anderen Verkehrsverbänden sogar noch recht günstig ist.

Dennoch hat die Forderung eines Runden Tisches im Jahr 2008 nach einem zu 50% geförderten Sozialticket keine Mehrheit

gefunden. Damals gab es eine Umfrage der Firma Infas, die viel Kritik auf sich zog. Die Art und Weise, wie am Telefon interviewt wurde führte letztlich zu einem Ergebnis, dass horrenden Kosten vorhersagte. In den Jahren 2010 und 2011 hat sich aus dem Runden Tisch dann ein Bündnis gebildet und die Freiburger SPD kam mit eigenen Vorschlägen.

Bis 2015 konnte aber kein Kompromiss gefunden werden, der von allen akzeptiert werden konnte. Immerhin wurden verschiedene Varianten untersucht und im Jahre 2015 gelang dann schließlich der Durchbruch. Eine Mehrheit von ganz links bis zur FDP gegen Oberbürgermeister, CDU und Grüne hat ein Sozialticket durchgesetzt, das zwei Möglichkeiten anbietet:

- Zwanzig Euro Zuschuss für eine nicht übertragbare Regiokarte oder
- eine 2x4-Fahrten-Karte zum halben Preis.

Damit kostet die Regiokarte dann aktuell 32,50 €. Die Förderung ist also deutlich geringer als die ursprünglich geforderten 50%. Die Mehrfahrtenkarte kostet gefördert 8,05 €. Je nach Nutzungsgrad und Verteilung auf die beiden Varianten entstünden so nach den Berechnungen der Stadtverwaltung Kosten zwischen 0,9 und 2,2 Millionen Euro. Anspruchsberechtigt sind rund 10% aller Freiburger.

Wie viel es nun am Ende tatsächlich werden, das ist noch nicht bekannt, da das Ticket erst seit letzten Oktober läuft.

Vermutlich werden es deutlich mehr als eine Million Euro, sicher aber keine zwei. Stefan Schillinger zeigte sich zuversichtlich, dass die im Haushalt eingeplanten 1,5 Mio € reichen. Tatsächlich ist aber die bezuschusste Regiokarte offensichtlich attraktiver als die Mehrfahrtenkarte. Das wurde eigentlich anders herum erwartet.

In der nachfolgenden Diskussion wurde das Sozialticket der Stadt ausnahmslos begrüßt. Viele Redner betonten sogar, dass es für den Kreis sogar noch wichtiger wäre, als für die Stadt, da auf dem Land sehr häufig Wege zurückgelegt werden müssen, die zu Fuß oder mit dem Rad beim besten Willen nicht zu schaffen sind.

Birte Könnecke betonte allerdings, dass die SPD in dieser Sache als Einzelkämpfer im Kreistag dasteht. Sie begrüßte deshalb die Bürgerinitiative aus Müllheim, die sich vehement für ein Sozialticket im Kreis einsetzt. Diese Initiative ist vom Müllheimer OV-Vorsitzenden Hartmut Hitschler mitbegründet worden. Auch Sozialverbände beteiligten sich an einer Unterschriftensammlung der Initiative.

Die Fraktion hat sich so positioniert, dass sie zunächst die Zahlen aus Freiburg abwarten will um dann eigene Modelle zu entwickeln. Dies ist angesichts der Mehrheitssituation unabdingbar, wenn es nicht nur um Symbolpolitik gehen soll. Die Gegner des Tickets malen derweil Schreckgespenster an die Wand und rechnen mit Kosten von mehr als 10 Millionen Euro. Dieser Unsinn kann schnell

widerlegt werden. Geht man im Kreis ebenfalls von einem Anteil von 10% Bezugsberechtigten aus und nimmt völlig unrealistisch an, dass wirklich alle einen Zwanzig-Euro-Zuschuss zur Regiokarte wollen, dann käme man auf höchstens sechs Millionen, tatsächlich wird man weit darunter liegen.

Zum Ende der Diskussion wurde die Notwendigkeit des Sozialtickets dann noch von einer Mitarbeiterin des Job Centers im Schwarzwald dokumentiert: Menschen würden von Freiburg in den Schwarzwald gedrängt um die Wohnkosten zu senken. Die stünden zum Monatsende sehr oft vor dem Dilemma, dass sie Behördentermine nicht mehr wahrnehmen könnten, da das Mobilitätsbudget schlicht aufgebraucht ist.

Oswald Prucker

Vielen Dank an den Ortsverein Sulzbachtal für die tolle Bewirtung bei unserer Delegiertenkonferenz !



Leistungen für Mobilität an- passen

Eigentlich dürfte es gar keine Sozialtickets geben, denn die Mobilitätssätze im ALG II sind schlicht zu niedrig. Deshalb haben wir vom Kreisverband einen Antrag an die Programmkommission gestellt. Der Antrag wurde von den Delegierten in Sulzburg einstimmig angenommen und ist nun auf dem Weg nach Berlin. Hier der Text und die Begründung:

Die SPD wird auf Bundesebene dafür Sorge tragen, dass die Leistungen für Mobilität für alle Leistungsempfänger so angepasst werden, dass die monatlichen Kosten für eine regionale Monatskarte gedeckt sind.

Begründung: Teilhabe an der Gesellschaft ist ein Menschenrecht und muss ermöglicht werden. Ohne Mobilität geht das nicht. Derzeit bleiben die Regelsätze für die Mobilität weit hinter den tatsächlichen Kosten des ÖPNV zurück und es hängt von den jeweiligen Kreisfinanzen ab, ob Landkreise aus eigener Tasche ein Sozialticket einführen, um damit den Leistungsbeziehern den Kauf von Monatskarten zu bezuschussen. Dies führt erstens zu Ungleichbehandlungen je nach Wohnort und zweitens zu einer weiteren Lastendurchreichung vom Bund an die Kreise.

Birte Könnecke

Ehrung für Prof. Dr. Ernst- Wolfgang Böckenförde

Vor kurzem hat sich der Eintritt des bedeutenden Staatsrechtlers und Rechtsphilosophen Ernst-Wolfgang Böckenförde in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zum 50 Mal geöhrt. Grund genug für eine Feierstunde zu Ehren des treuen Parteimitglieds. Der Ortsverein Hexental lud deshalb ins Merzhausener Rathaus und die Vorsitzende Birte Könnecke konnte neben dem Jubiliar auch dessen Frau und Tochter mit zwei Enkelkindern begrüßen. Die Laudatio hielt Gernot Eler und neben ihm waren auch sein designierter Nachfolger und Bundestagskandidat Julien Bender, die Generalsekretärin der SPD-BW Luisa Boos und die Landtagsabgeordnete Gabi Rolland nach Merzhausen gekommen.



Nach der Einführung von Birte Könnecke folgte ein Grußwort von Bürgermeisterstellvertreter Frieder Büchler aus Au, der

sich freute, dass seine Gemeinde wohl eine höhere Dichte an Verfassungsrichtern hat, als Karlsruhe. Neben Böckenförde wohnt auch der derzeitige Präsident des Gerichts, Andreas Voßkuhle in Au. Er nannte Böckenförde einen „Bundesverfassungsrichter zum Anfassen“, der sich auch immer aktiv in seine Heimatgemeinde einbrachte.



Seine Laudatio begann Gernot Erler dann mit einer kurzen Reise durch die Lebensstationen des Jubilars. Böckenförde sei zum einen der Musterschüler von Carl Schmitt, von dem er sich aber auch in vielen Fragen in liberaler und demokratiebejahender Weise abgrenzte. Die zweite wichtige Eigenschaft Böckenfördes ist dann sein durchaus auch kritisches Bekenntnis zum Katholizismus. Vielleicht war dieses gespannte Verhältnis dann auch der letzte Grund für seinen Eintritt in die SPD im Jahre 1967, denn er ärgerte sich sehr über die allzu eindeutigen CDU-Hirtenbriefe der katholischen Bischöfe.

Einfach gemacht hat es sich diesen Eintritt aber nicht, denn bevor er sich zu diesem

Schritt entschloss sprach er erst mit vielen Parteigrößen, darunter Ebert und Wehner.

Auch als Verfassungsrichter in Karlsruhe war er ein kritischer Geist. Erler verwies auf seine 11 Sondervoten zu verschiedenen Urteilen – bis heute der Rekord unter allen Richtern am BVerfG.



Seinen bedeutensten Satz formulierte Böckenförde dann im Jahre 1964:

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“

Dieser Satz ist als Böckenförde-Diktum oder Böckenförde-Dilemma in die Geschichte eingegangen und der Geehrte beteiligte sich durchaus auch selbst an der Diskussion über diesen Satz. So seien die Menschenrechte letztlich die Grundlage des Strebens unseres Staats. Dieser zentralen Aufgabe kann er Staat aber nicht selbst nachkommen, es braucht starke und dauerhafte Unterstützung in der Zivilgesellschaft. Eine Aussage, die Aktualität bis heute nichts verloren hat.

In einer kurzen Dankesrede versuchte der Träger des Großen Bundesverdienstordens

mit Stern und Schulterband dann, die Lobesreden auf ihn zu relativieren. Vieles sei nun mal dem Anlass geschuldet. Er kam dann auf das angesprochene Böckenförde-Dilemma zurück. Das Bekenntnis zum Menschenrecht muss immer wieder eingefordert werden. Er freute sich über die Ehrung und bekannte, dass er seinen Beitritt nie bereut habe. Natürlich sei er nicht mit allem einverstanden gewesen, was in der Partei gesagt oder getan wurde, aber sein Bekenntnis für soziale Gerechtigkeit und für die Bedürfnisse des kleinen Mannes sieht er auch heute in der SPD am besten vertreten.



Birte Könnecke überreichte ihm dann die von Martin Schulz, Leni Breymer und ihr unterschriebene Urkunde, die Ehrennadel und ein Buchgeschenk.

Die Feierstunde klang dann bei einem kleinen Buffet aus, das neben den kulinarischen Leckereien auch viel Zeit für weitere Gespräche ermöglichte.

Oswald Prucker

Aus den Ortsvereinen

Merdingen. Jahreshauptversammlung in der Merdinger Sonne bei gutem Essen und guter Stimmung. Der Rückblick auf das Jahr seit der letzten Versammlung verlief weitgehend vergnüglich. Es ist schön, dass die Nahversorgung im Dorf wieder gesichert ist und auch bei anderen Themen setzt die SPD – Offene Liste ihre Akzente: Dorfverschönerung und Änderungen bei den Bestattungsformen auf dem Friedhof sind da Beispiele. Für die Gemeinderatsmitglieder war der Rücktritt von Urgestein Reiner Hug natürlich prägend um so schöner, dass sich seine Nachfolgerin Elke Menner bereits bestens eingearbeitet hat. Wahlen standen nicht auf dem Programm.

Was läuft bei Euch? Schickt mir doch kurze Berichte von euren Aktionen, dann kommt das in eine der nächsten Ausgaben: prucker@spd-merdingen.de

WIR IM NETZ

Aktueller als in diesem Newsletter sind wir im Netz. Kommt regelmäßig auf unsere [Homepage](#) oder auf unsere Facebookseite [Rot-wild im Schwarz-wald](#).

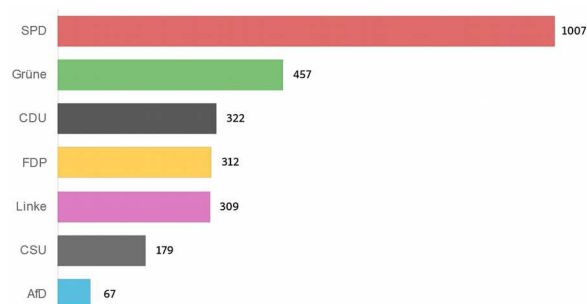


Soziale Medien: Es gibt keine Filterblasen

Die Süddeutsche Zeitung hat sehr ausführlich und aufwendig untersucht, wie die sogenannten sozialen Netzwerke und dabei vor allem Facebook die Wahlen beeinflussen. Das wichtigste Ergebnis: [Es gibt keine Filterblasen](#). Die für uns wichtigste Konsequenz: Wir sollten uns diesen Weg mit Wählern in Kontakt zu kommen auf keinen Fall verbauen, wir sollten unsere Aktivitäten ausbauen. Das lohnt doppelt: Die Facebook-Welt der Rechtsnationalisten ist nämlich vergleichsweise abgeschottet.

Die Recherche der Süddeutschen ist sehr umfangreich und im Detail auch sehr kompliziert. Deshalb hat die Zeitung das Ergebnis in eine erklärende Grafik destilliert, die ein eng verwobenes Geflecht zwischen den Facebook-Aktivitäten der Parteien, deren Personal, den Regierungsinstitutionen und den wichtigsten Medien zeigt. Da liegen alle nahe beieinander und es gibt unzählige Verbindungslinien zwischen den Seiten. Diese Verbindungslinien zeigen an, dass viele Nutzer auch die Angebote beider Seiten betrachten und lesen. Der Sozi liest also nicht nur SPD oder vorwärts, sondern auch Focus und die Erklärungen der Bundesregierung. Der Schwarze macht das ganz ähnlich.

Etwas klarer wird die Aussage, wenn man sich diese Zusammenhänge für das eigene Facebook-Profil ansieht. Das hier sind meine Aktivitäten:



Die Wände meiner Facebook-Welt sind also auf den ersten Blick ganz klar sehr rot gestrichen. Das überrascht natürlich nicht. Genauer betrachtet sind es aber eben doch nur 38%. Die anderen Parteien bekommen auch noch zweistellige Prozentwerte, nur CSU und AfD fallen ab. Das heißt: Mir gefallen Inhalte die auch Anhängern der anderen Parteien gefallen. Ein Stück weit lesen wir also alle das selbst Zeug, die Wahrnehmung überschneidet sich ganz erheblich und was wir posten interessiert auch andere und die lesen das auch.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir in unseren Timelines auch unsere Inhalte anzeigen. Einstreuen heißt die Devise. Im mal wieder ein politischer Inhalt. An keinem Info-Stand in den Fußgängerzonen dieser Welt erreicht man mehr Menschen und vor allem auch solche außerhalb der eigenen politischen Sphäre. Das macht den Infostand nicht weniger wichtig. Der muss sein, die persönliche Ansprache ist natürlich immer wichtig, aber eben nicht nur die persönliche Ansprache. Auch das Internet und die sozialen Medien.

Teilt deshalb nach Möglichkeit unsere Inhalte, die Berichte, die Links, die Sharepics auch auf euren privaten Profilen. Likes sind gut, Teilen ist um Längen besser. Macht das zumindest ab und zu. Eure Freunde interessieren sich dafür und vielleicht erreichen wir ja den ein oder anderen und machen einen Sozi draus.

Die sozialen Medien sind nicht so abgeschlossen wie man gerne glauben (machen) möchte.

Oswald Prucker

Aus dem Kreistag: Straßenbau, Kon- taktstelle & mehr

Nach längerer Pause fand Anfang Mai die erste Kreistagssitzung des Jahres statt. Hier ein kleiner Bericht.

Um nicht gegen das geltende Mess- und Eichgesetz zu verstoßen, wurde zunächst die Änderung der Abfallwirtschaftssatzung für die Anlieferung von Kleinmengen an die TREA und die RAZen beschlossen.

Anschließend stand die Fortschreibung des Kreisstraßenbauprogrammes auf der Tagesordnung. Hierzu waren die Redebeiträge dann doch etwas länger als bei Punkt 1. Es sind sich im Grunde genommen alle einig, dass die Sanierung der Kreisstraßen eine wichtige und zwingende Investition ist. Von den 353 Kilometern sind etwa 1/3 dringend

sanierungsbedürftig, 1/3 etwas weniger dringend und 1/3 sind derzeit in Ordnung.

Unser Genosse Peter Meybrunn machte in seiner Stellungnahme sehr deutlich, dass es nicht damit getan ist, jetzt für das Programm, das auf die nächsten acht Jahre angelegt ist, zu stimmen. Wer jetzt A sagt, muss bei den jeweiligen Haushaltsberatungen auch B sagen und die nötigen Gelder einstellen. Selbst wenn das eine weitere Erhöhung der Kreisumlage bedeuten würde. Das Programm wurde mit großer Mehrheit beschlossen.

Ebenso der Neubau eines Geh- und Radweges zwischen Bischoffingen und der L 104.

Und auch die Kreisbeteiligung an der Kontaktstelle "Frau und Beruf" durch eine 25%-Stelle ab 2018 wurde jetzt im zweiten Anlauf nach 2015 gegen die Stimmen von FDP und AfD beschlossen. Da die Kontaktstelle auch in der Vergangenheit schon immer Frauen aus dem Landkreis mit beraten hat, ist das nur fair. Der Schwerpunkt soll im ländlichen Raum auf bedarfsorientierten Angeboten liegen, um die zeitlich begrenzten Ressourcen bestmöglich zu nutzen.

Abschließend ging es um die Verrechnung der Verluste aus der Tiefgarage mit den hierfür vorgesehenen Rücklagen, was widerspruchslös durchging.

Birte Könnecke